

Der

VOLLZUGSDIENST

Bund der Strafvollzugsbediensteten Deutschlands



dbb
beamtenbund
und tarifunion





6 | 2024

71. Jahrgang

Der BSBD
wünscht allen
Kolleginnen und Kollegen,
ihren Familien sowie
den Leserinnen und Lesern
des „Vollzugsdienst“
ein besinnliches
Weihnachtsfest und ein
gesundes neues Jahr.

Unseren diensthabenden
Mitarbeiterinnen
und Mitarbeitern
wünschen wir
ausreichend Personal
über die Feiertage
und einen
stressfreien Dienst.



Mitglied im
 dbb beamtenbund und tarifunion
 Europäische Union der
 Unabhängigen Gewerkschaften
 (CESI)



Bundesvorsitzender	René Müller	rene.mueller@bsbd-bund.de www.bsbd.de
Stellv. Bundesvorsitzender	Horst Butschinek	horst.butschinek@bsbd-bund.de
Stellv. Bundesvorsitzender	Sönke Patzer	soenke.patzer@bsbd-bund.de
Stellv. Bundesvorsitzender	Alexander Sammer	alexander.sammer@bsbd-bund.de
Stellv. Bundesvorsitzende	Dörthe Kleemann	doerthe.kleemann@bsbd-bund.de
Stellv. Bundesvorsitzender		
Schriftleitung	Martin Kalt	martin.kalt@bsbd-bund.de
Geschäftsstelle:	Bund der Strafvollzugsbediensteten Deutschlands Waldweg 50 · 21717 Deinste · post@bsbd.de	

Landesverbände	Vorsitzende	
Baden-Württemberg	Michael Schwarz	bsbdschwarz@web.de www.bsbd-bw.de
Bayern	Alexander Sammer	post@jvb-bayern.de www.jvb-bayern.de
Berlin	Thomas Goiny	mail@bsbd-berlin.de www.bsbd-berlin.de
Brandenburg	Dörthe Kleemann	geschaeftsstelle@bsbd-brb.de www.bsbd-brb.de
Bremen	Sven Stritzel	sven.stritzel@jva.bremen.de
Hamburg	René Müller	rene.mueller@lvhs-hamburg.de www.lvhs-hamburg.de
Hessen	Wilma Volkenand	vorsitzende@bsbd-hessen.de www.bsbd-hessen.de
Mecklenburg-Vorpommern	Matthias Nicolay	mpaape@onlinehome.de www.bsbd-mv.de
Niedersachsen	Oliver Mageney	oliver.mageney@vnsb.de www.vnsb.de
Nordrhein-Westfalen	Horst Butschinek	info@bsbd-nrw.de www.bsbd-nrw.de
Rheinland-Pfalz	Mark Schallmo Stefan Wagner	mail@bsbd-rlp.de www.bsbd-rlp.de
Saarland	Markus Wollscheid	M.Wollscheid@justiz.saarland.de
Sachsen	Thomas Porr	thomas.porr@bsbd-sachsen.de www.bsbd-sachsen.de
Sachsen-Anhalt	Mario Pinkert	mario.pinkert@bsbd-lsa.de www.bsbd-lsa.de
Schleswig-Holstein	Michael Hinrichsen	hinrichsen@bsbd-sh.de www.bsbdsh.de
Thüringen	Ronny Rüdiger	post@bsbd-thueringen.de www.bsbd-thueringen.de

REDAKTIONSSCHLUSS

Ausgabe 1 - 2025: ▶▶▶ 11. Januar 2025

ERSCHEINUNGSTERMIN

Ausgabe 1 - 2025: ▶▶▶ 13. Februar 2025

BUNDESHAUPTVORSTAND

Weihnachtsgruß	4
Bundestarifkommission	5
Seniorenpolitische Fachtagung	6
Ländertreffen	7
Hauptversammlung der dbb- Bundesseniorenvertretung	8
Rätselspaß	9
Lösungen aus 4+5/2024	10

LANDESVERBÄNDE

Baden-Württemberg	13
Bayern	19



Berlin	22
Brandenburg	30
Hamburg	32
Hessen	42
Mecklenburg-Vorpommern	54
Niedersachsen	58
Nordrhein-Westfalen	63
Rheinland-Pfalz	76
Saarland	82
Sachsen	84
Sachsen-Anhalt	87
Schleswig-Holstein	88
Thüringen	96
—	
Impressum	61

Hauptausschuss tagte in Hohenleuben

Ergebnis der Tarifverhandlungen übertragen / schwierige Regierungsbildung wird erwartet / Personalsituation / ausbleibende Bündelung behindert Stellenauslastung / Bearbeitungszeiten bei Beihilfeverkürzt/Berichte aus den Ortsverbänden

Am 26. September trafen sich unser Landeshauptausschuss zu seiner zweiten Sitzung in diesem Jahr. Der Hauptausschuss ist nach dem Verbandstag das wichtigste Gremium unseres Verbandes und besteht aus dem Landesvorstand und den Vorsitzenden der Ortsverbände. Zudem waren die Kollegen Uwe Hoßfeld als Seniorenvertreter und Tom Henkel als Jugendvertreter zur Sitzung eingeladen. Nach unserer ersten Sitzung im Januar in Goldlauter ist zwischenzeitlich das Ergebnis der Tarifverhandlungen auch auf die Beamtinnen und Beamten übertragen worden.

Unbefriedigend ist allerdings, dass es nach Inkrafttreten des Gesetzes im Juni mit den Auszahlungen der so genannten vollständigen Inflationsprämie noch bis Oktober gedauert hat. Zum 1. November werden die Bezüge um 1,462 Prozent erhöht. Im zweiten Schritt erfolgt eine weitere Anpassung um 5,5 Prozent zum 1. Februar 2025. Die allgemeine Zulage für die Beamtinnen und Beamten des mittleren Dienstes wird mit Wirkung ab 1. November 2024 einheitlich gestaltet. Auch die Beamten der Besoldungsgruppen A 6 bis A 8 erhalten dann den für die Besoldungsgruppe A 9 vorgesehenen Betrag.

Im Hinblick auf das Ergebnis der Landtagswahlen und der Sitzverteilung ist mit einer komplizierten Regierungsbildung zu rechnen. Gegenwärtig zeichnet sich nach ersten Sondierungsgesprächen ab, dass eine neue Landesregierung über keine eigenen Mehrheiten verfügen wird. Die nächsten Jahre werden für den Justizvollzug schwierige Jahre werden. Mit einer Verbesserung der Personalsituation ist gegenwärtig nicht zu rechnen. Leider bewahrheitet sich der Umstand, dass die Einstellung von 40 Anwärtern im Jahr nicht ausreicht, immer mehr und die Zahl der Versetzungen in den Ruhestand wird in den nächsten Jahren erheblich steigen. Hinzu kommt im Übrigen, dass sich auch in der Laufbahn des gehobenen Vollzugs- und Verwaltungsdienstes und des höheren Dienstes die Personalsituation

erheblich verschärft und keine Aussicht auf Verbesserung besteht. Umso verwunderlicher ist, dass die Thüringer Justizministerin Denstädt am 17. Juli 2024 gegenüber dem MDR mitgeteilt hat, dass es aus ihrer Sicht keinen Personalmangel gebe. „Mehr Personal geht natürlich immer“, so Denstädt. „Aber wir haben vorgebaut und stellen zwei Mal pro Jahr neue Bedienstete ein“ (Quelle: <https://www.mdr.de/nachrichten/thueringen/gewalt-gefaengnis-personalmangel-angriffe-102.html>). Es bleibt zu hoffen, dass eine künftige Landesregierung den Personalproblemen im Justizvollzug realistischer gegenübersteht und sich den Problemen im Justizvollzug ernsthaft widmet.

Unsere Forderung nach der Stellenbündelung im mittleren Dienst blieb bisher unerfüllt, uns wurde aber mitgeteilt, dass daran gearbeitet wird. Zu begrüßen ist zwar, dass zwischenzeitlich Beförderungstellen ausgeschrieben wurden, es ist aber immer noch so, dass die im Haushaltsplan vorhandenen Stellen nicht ausgeschöpft werden. Die ausbleibende Bündelung in Kombination mit der Dienstpostenbewertung erweist sich als großes Hemmnis. Im Ergebnis der laufenden Beförderungsrunde dürften nahezu alle Inhaber von mit A9 bewerteten Dienstposten auch tatsächlich befördert worden sein und daher in den nächsten Jahren nur noch wenige Beförderungen nach A9 möglich werden, was wiederum dazu führen wird, dass sich der Stau von A7

nach A8 und A8 nach A9 weiter erhöht und im mittleren Dienst nur noch Beförderungen möglich sind, wenn Bedienstete ausscheiden und in diesem Zusammenhang Stellen frei werden. Für eine Änderung der beamtenrechtlichen Regelungen, insbesondere der Stellenobergrenzen als Voraussetzung für eine Bewertung aller Dienstposten mit A9 sind kaum entsprechende Mehrheiten im Landtag zu erwarten. Insofern ist eine bereits jetzt zulässige Bündelung aus unserer Sicht ein wichtiges Zwischenziel, für das wir uns weiter einsetzen werden.

In unserer Sitzung im Januar hatten wir auch über die langen Bearbeitungszeiten der Beihilfeanträge gesprochen (siehe auch diesbezügliche Veröffentlichung im Vollzugsdienst 1/2024). Im Ergebnis hatten wir uns auch an den Tbb gewandt, dem die Problematik bereits bekannt gewesen ist und der sich diesbezüglich auch an die Landesregierung gewandt hat. Erfreulicherweise haben sich die durchschnittlichen Bearbeitungszeiten zwischenzeitlich von ursprünglich teilweise mehr als 6 Wochen auf gegenwärtig etwa 3 Wochen reduziert. Einen letzten Schwerpunkt der Sitzung bildeten die Berichte aus den Ortsverbänden. Unsere nächste Hauptausschusssitzung wird im März 2025 in Untermaßfeld stattfinden.

Der Landesvorstand



Foto: BSBD Thüringen